Erſcheint an jedem Werktag. Beſtellungen nehmen ſämtliche Poſtanſtalten und Poſtboten entgegen.

Bezugspreis
im April ℳ 1.60
einſchl. Trägerlohn,
Einz.-Nr. 10 Goldpfg.,
Grundpreis f. Anzeigen: Die einſpaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 12 Goldpfennige, Reklamen 35 Goldpfennige, Familienanz. 10 Goldpfennige. Bei gerichtl. Beitreibung und Konkurſen iſt der Rabatt hinfällig.

Der Geſellſchafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Beilage
„Unſere Heimat"

Nagolder Tagblatt

mit illuſtrierter Sonntagsbeilage
„Feierſtunden"

Verbreitetſte Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen ſind daher von beſtem Erfolg.

Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen. Es wird keine Gewähr dafür übernommen, daß Anzeigen oder Reklamen in beſtimmten Ausgaben oder an der gewünſchten Stelle erſcheinen. In Fällen von höherer Gewalt beſteht kein Anſpruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreiſes.

Telegramm-Adreſſe:
Geſellſchafter Nagold.

Poſtſcheckkonto:
Stuttgart 5113.

Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Zaiſer (Karl Zaiſer) Nagold.

Nr. 81 Gegründet 1826. Freitag den 4. April 1924 Fernſprecher Nr. 29. 98. Jahrgang

Tagesſpiegel

Die Reichsausgaben im Monat März überſteigen die Einnahmen an Zöllen und Steuern um etwa 4½ Prozent, ähnlich wie im Februar.

Der Vorſchlag der Reichsregierung, die Militärüberwachung dem Völkerbund zu übertragen, wird nach den Pariſer Blättern vom Botſchafterrat abgelehnt werden.

Reichsbankpräſident Schacht hat dem Reichskabinett über die neueſten Verhandlungen in Paris über die Goldkreditbank Bericht erſtattet. Die Ausſichten ſind wenig ermutigend.

Nach einer halbamtlichen Mitteilung der bayeriſchen Regierung wird Herr von Kahr nach ſeiner Rückkehr aus Meran wieder den Poſten des Oberpräſidenten von Oberbayern und Oberſt Seißer die Leitung der Landespolizei wieder übernehmen.

Die ruſſiſch-rumäniſchen Verhandlungen über Beſſarabien ſind als ausſichtslos abgebrochen worden, da Rumänien die von Rußland verlangte Volksabſtimmung ablehnte.

Wer ſind die „Armen"?

Der Proteſt des Mittelſtands.

Am vergangenen Sonntag iſt in Berlin eine politiſche Bewegung in Fluß gekommen, von der mancher vielleicht ſchon angenommen hatte, daß ſie eingeſchlafen ſei, nämlich der Einſpruch gegen die dritte Steuernotverordnung. Und zwar waren es zwei große Verbände, der Mieterbund in einer außerordentlichen Tagung ſeiner Mitglieder und der Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzverband in einer öffentlichen Maſſenverſammlung, die ſich beide in überaus ſcharf gefaßten Entſchließungen gegen die letzte Geſetzmacherei der ermächtigten Regierung wandten und die baldigſte Aufhebung des Aufwertungsgeſetzes verlangten, eines Geſetzes, das eine 15prozentige Wiederherſtellung alter Vermögensanſprüche als Höchſtmaß und Ausbund aller ausgleichenden Gerechtigkeit hinſtellt, während z. B. jetzt in Polen ein ſolches Geſetz in Vorbereitung iſt, das eine Aufwertung bis zu 50 Prozent geſtatten will!

Es handelt ſich, in Kürze dargeſtellt, um folgendes: Kann im Deutſchen Reich nur dann die Währung gerettet und wieder Ordnung in die Finanzen gebracht werden, wenn man den Mündeln und Waiſen, den Kleinkapitaliſten und Sparern des Mittelſtandes, meiſt ſchwachen oder arbeitsunfähigen Perſonen, ihre letzten Hilfs- und Altersgroſchen nimmt? Die „Armen" ſind heute nicht mehr verelendete Proletarier, durch Wirtſchaftskriſen aus Arbeit und Verdienſt geworfen, ſondern eben jene verkümmerten Mittelſtandsexiſtenzen, denen man ſeit Jahren ihre Rente genommen, ihr Vermögen in Nichts verwandelt hat, denen man nun auch noch das letzte Gläubigerrecht, das ſie auf dem Papier beſaßen, wegnotverordnet, ſodaß ſie um alle Hoffnungen betrogen und mitleidlos dem Hunger und Elend preisgegeben werden.

Und das in einem Land, deſſen kleine aber mächtige Oberſchicht von Neureichen und Glücksjägern zurzeit im Ausland ſchlemmt, ſich für ihre Tanzabende Luxus-Radio-Apparate zu 1000 Goldmark das Stück, ſo ganz nebenher kauft, Villen mit unerhörten Koſtbarkeiten einrichtet, Kapitalien von 20 bis 50 Millionen Goldmark, als ob es gar nichts wäre, in immer neue Erwerbsgeſchäfte ſteckt! Warum ſuchte man die Mittel zur Feſtigung der Mark und zur Wiederaufrichtung der Wirtſchaft nicht bei denen, die ſich in den Kriegsgeſellſchaften bis zum Platzen aus dem Vermögen des deutſchen Volks gemäſtet haben, bei den Kriegs- und Nachkriegsgewinnlern uſw.?

In den eingangs genannten Proteſtverſammlungen wurde von verſchiedenen Rednern geltend gemacht, daß die dritte Steuernotverordnung im Widerſpruch zur Reichsverfaſſung ſteht und daß das Reichsgericht zur Verſöhnung des verletzten Rechtsgefühls nichts Schleunigeres tun könnte, als ſeine verfehlte Entſcheidung über die Rechtsgültigkeit der Verordnung umzuſtoßen. Verlangt wurde in der Entſchließung des Sparerverbands außer der Aufhebung der Notverordnung auch die Aufwertung aller ſchon früher durch Vergleich oder Urteil getilgten und gelöſchten Rechte, wenn der Aufwertungsbetrag zu gering war, ferner: Einführung einer Sperrfriſt, nach der auch der Gläubiger an der Steigerung der von ihm beliehenen Sachwerte teilnimmt, endlich: Wiederaufnahme des Zinſendienſtes der öffentlichen Anleihen nach einer Schonfriſt und Zulaſſung des ordentlichen Rechtsweges gegen die Entſcheidung der Aufwertungsſtellen.

Die deutſche Oeffentlichkeit ſteht im Zeichen der Wahlvorbereitung. Man hat der Preſſe den Vorwurf gemacht, daß ſie nach einigen ſchwächlichen Verſuchen, die „gutmütigen mittelſtändiſchen Sparer über den Verluſt ihres Vermögens zu beruhigen", die weitere Erörterung der Aufwertungsfrage unterbunden habe. Dies iſt nicht der Fall. Hitlerprozeß und Poincarékriſe haben in den letzten Wochen den Raum der Zeitungen beſchlagnahmt. Und im übrigen wartet auch die Preſſe jetzt auf die Stellungnahme der Parteien. Der Sparerverband hat ſeine Forderungen ſämtlichen politiſchen Fraktionen vorgelegt und erwartet eine Antwort bis zum 7. April, und zwar nicht von einzelnen Abgeordneten und künftigen Kandidaten, ſondern jeweils von dem verantwortlichen erſten Leiter der Partei. Ohne für eine beſtimmte Partei Reklame zu machen, möchten wir darauf hinweiſen, daß die Deutſchnationale Volkspartei bei den früheren Erörterungen des Aufwertungsgeſetzes 40 Prozent verlangte, die Sozialdemokraten 20 Prozent, letztere natürlich nur in der verſtändlichen Furcht, daß ihnen diesmal die letzten Mitläufer aus dem bürgerlichen Lager davonlaufen, wenn ſie nicht wenigſtens etwas für den zugrunde gerichteten Mittelſtand — verſprechen. Nun haben nochmals die oberſten Lautſprecher der Parteiapparate das Wort. Was haben ſie dem Mittelſtand zu ſagen?

Dr. Fr. Auer.

Poincaré rechtfertigt die Kabinettsbildung

Paris, 3. April. In der geſtrigen Kammerſitzung gab Poincaré eine Erklärung über die Art der Regierungsbildung ab. Den Kriegsminiſter Maginot und den Miniſter für öffentliche Arbeiten Le Trocquer habe er beibehalten, um das Werk im Ruhrgebiet fortzuſetzen. Es werde an der Politik nichts geändert, weder nach innen noch nach außen. Es ſei eine Regierung der republikaniſchen Einigung und der nationalen Eintracht gebildet worden. Den Umtrieben von der linken Seite, die militärfeindlichen Geiſt in das franzöſiſche Beſatzungsheer hineintragen wollen, werde ſcharf entgegengetreten. (Großer Lärm. Die Sitzung wird einige Zeit abgebrochen. Verſchiedene Ordnungsrufe). Poincaré fährt ſpäter fort: Die Regierung ſei bereit, das Penſionsgeſetz noch einmal zu beraten. Dann verläßt er plötzlich die inneren Fragen und erklärt, Frankreich werde die Pfänder und Druckmittel gegen Deutſchland bis zur letzten Zahlung feſt in der Hand behalten und das Verhalten gegebenenfalls nur gegen ein noch beſſeres Verhalten austauſchen. Das Ergebnis der Ausnützung der Pfänder habe alle Erwartungen weit übertroffen. Die im Steigen begriffenen Zolleinnahmen haben vom 11. Januar bis 31. Dez. 1923 180 Millionen Franken betragen, im Februar 1924 allein dagegen 138 Millionen. Für 1923 betragen die Einnahmen 1 643 700 000 Franken, die Ausgaben einſchließlich der Koſten für das franzöſiſch-belgiſche Beſatzungsheer 986,5 Millionen, es verbleiben ſomit ein Ueberſchuß von 657,2 Millionen Franken. General Degoutte habe ſoeben gemeldet, daß 2 104 000 Tonnen Kohlen und Koks als Entſchädigung aus dem beſetzten Gebiet abgeführt worden ſeien. Das ſei mehr als die Vorſchrift des Induſtrieabkommens und faſt das Doppelte der Auflage der Entſchädigungskommiſſion. Das ſei ein großer moraliſcher Erfolg, der bewieſen habe, daß Deutſchland liefern könne, wenn es müſſe. Die Berichte der Sachverſtändigen werden die Aufgabe der Entſchädigungskommiſſion erleichtern. Aber die Verbündeten müſſen auch gemeinſam über die feſtgelegten Pläne wachen. Man dürfe ſich für die Zukunft nicht mit neuen Papierchen und Verſprechungen begnügen. Für das Wiedererwachen des nationaliſtiſchen Geiſtes in Deutſchland lehne er (Poincaré) jede Verantwortung ab. Streſemann, der angeblich guten Willens ſei, habe erſt dieſer Tage unter toſendem Beifall das Lob des freigeſprochenen Ludendorff geſungen. Die deutſchen Miniſter, die mit außerordentlicher Schamhaftigkeit (Zynismus) die Unſchuld des Generals verkünden, beachten nicht, daß ſie damit alle Länder beſchimpfen, die an der Seite Frankreichs das von der deutſchen Vorherrſchaft bedrohte Recht verteidigten. (!) Sie ſeien ſogar ſoweit gegangen, auszuſprechen, daß ſie die kaiſerlichen Farben den Farben der Republik vorziehen. Aber die Verbündeten verſtehen die Sprache der Tatſachen. Es ſei klar, daß Deutſchland ſich ſeinen Verpflichtungen entziehen wolle.

Neue Nachrichten

Der Streik der Eiſenbahnarbeiter

Berlin, 3. April. Die Eiſenbahnarbeiter der Direktionsbezirke Berlin, Königsberg und Hannover haben den Direktionen die Forderung der Wiederherſtellung des achtſtündigen Arbeitstags und Lohnerhöhung mit Antwortfriſt bis 10. April zugeſtellt. In Frankfurt ſind 1600 Arbeiter in den paſſiven Widerſtand getreten. Im mittel- und weſtdeutſchen Kohlengebiet ſind für Sonntag zahlreiche Verſammlungen einberufen, um über den Generalſtreik Beſchluß zu faſſen. Die Führung ſcheint allenthalben in den Händen der Kommuniſten zu liegen.

Die Eiſenbahndirektion hat Verhandlungen mit den Arbeiterorganiſationen über die Wiedereinführung des Achtſtundentags abgelehnt.

Betriebsrätewahlen

Berlin, 3. April. In der Berliner Holzinduſtrie finden am Montag und Dienstag Ergänzungswahlen für die Betriebsräte ſtatt. Die Sozialiſten verloren 32 Sitze an die Kommuniſten, 4 an die chriſtlichen Gewerkſchaften. Zum erſtenmal wurden deutſchvölkiſche Betriebsräte gewählt.

Zentrum und Bayer. Volkspartei

München, 3. April. Die Bemühungen des Zentrums, bei den Reichstagswahlen mit der Bayeriſchen Volkspartei wieder zuſammen zu gehen, ſind geſcheitert. Die Zentrumspartei hat laut T. U. beſchloſſen, in Bayern eigene Kandidaten aufzuſtellen.

Eine neue Klippe für Mac Donald

London, 3. April. Im Unterhaus brachte geſtern der Geſundheitsminiſter Clynes einen Antrag ein, daß Arbeitsloſe vom Mietzins befreit ſeien und nicht aus der Wohnung entfernt werden dürfen, außer wenn der Vermieter in noch ſchlimmerer Lage ſich befinde. Der konſervative Abgeordnete Chamberlain bekämpfte die Vorlage; die Arbeiterregierung ſolle doch lieber gleich beſchließen, daß die Arbeitsloſen auf Staatskoſten ernährt werden. Auch Asquith bekämpfte namens der Liberalen die Vorlage. Clynes erwiderte, die Regierung verzichte nicht auf die Geſetzesvorlage, ſie könne ſie aber dahin abändern, daß die Laſt nicht dem Hausbeſitzer auferlegt werde, ſondern daß der Staat die Mietkoſten trage.

Die ſtehlende Börſe

Neuyork, 3. April. Im Abgeordnetenhaus des Staates Neuyork wurde eine Geſetzesvorlage eingebracht, die eine vollſtändige Umwandlung der Waren- und Wertpapierbörſen von Neuyork vorſieht. Der Bericht erklärt, die Börſe ſtehle dem Publikum jährlich drei Milliarden Dollar aus der Taſche. Das Treiben der Börſenagenten ſoll überwacht und ſtrengen Vorſchriften unterworfen werden.

Das Spielen der Militärkapelle

Berlin, 3. April. Der Reichswehrminiſter hat das Spielen der Militärkapellen bis zum 4. Mai 1924 einſchließlich bei allen öffentlichen und geſchloſſenen Veranſtaltungen von Parteien und Bünden und anderen Organiſationen verboten, um gerade jetzt in der Wahlzeit auch den Anſchein irgendwelcher politiſcher Betätigung der Reichswehr zu vermeiden. Ausgenommen von dem Verbot ſind Konzerte, ſowie Mitwirkung der Muſikkapellen bei Wohltätigkeitsveranſtaltungen, ſoweit es ſich bei dieſen um rein muſikaliſche Aufführungen handelt.

Antrag auf Straferlaß für Hitler u. a.

München, 3. April. Der Verband der vaterländiſchen Bezirksvereine von München hat der Staatsanwaltſchaft einen Antrag auf Straferlaß für die im Hitler-Prozeß Verurteilten unterbreitet mit der Begründung, daß dieſe deutſchen Männer aus reinſtem Herzen und glühender Vaterlandsliebe gehandelt hätten.

Däniſche Unfreundlichkeit

Kopenhagen, 3. April. Das däniſche Aufſichtsſchiff „Fylla" hat am 1. April mehrere deutſche Fiſchdampfer aus Weſermünde und Cuxhaven wegen ungeſetzlichen Fiſchens im Seegebiet Portland (Island) angehalten. Die Kapitäne der aufgebrachten Schiffe wurden zu je 10 000 Kronen Geldſtrafe, Beſchlagnahme der Fanggeräte und Erſtattung der Unkoſten verurteilt. — Die Strafen ſind außergewöhnlich hoch.

Württembergiſcher Landtag

Stuttgart, 3. April.

Der Landtag nahm geſtern nachmittag 4.30 Uhr ſeine Beratungen wieder auf. Die Zuhörer-Tribüne iſt voll beſetzt von Teilnehmern an der Proteſtverſammlung im Bürgermuſeum. Zunächſt wird ein Antrag des Geſchäftsordnungsausſchuſſes angenommen, die kommuniſtiſchen Abgeordneten Schneck und Stetter aus der Haft im Hinblick auf den Wahlkampf zu entlaſſen, obwohl Juſtizminiſter Beyerle erklärt hatte, daß durch die Haftentlaſſung die ſchwebende Unterſuchung gefährdet werde.

Sodann wurde ein Antrag Bazille (Bürgerp.), ſeinen Antrag betr. die Aufhebung der Verordnung des Staatsminiſteriums bezüglich der Aufteilung von Oberamtsbezirken und die Aufhebung des Landgerichts Hall ſofort zu behandeln gegen die Stimmen der Bürgerpartei abgelehnt.

Hierauf wurde eine Reihe von Kleinen Anfragen beantwortet, was ſehr lange Zeit in Anſpruch nimmt. Dann wird das Geſetz betr. Darlehen bezw. Staatsbürgſchaft zur Förderung der landw. Erzeugung in erſter und zweiter Leſung angenommen.

Endlich tritt das Haus in die Beratung der Anträge Bazille (Bürgerp.) betr. Aufhebung der Regierungsverordnung über die Aufhebung des Landgerichts

Hall und der Oberämter und eines ähnlichen Antrags des Abg. Keil (Soz.) ein. Präſident Walter warnt die Tribünen-Beſucher, Kundgebungen zu machen; er werde die Tribüne ſofort räumen laſſen.

Abg. Bazille (Bürgerp.) bezeichnet es unerträglich, daß eine Minderheitsregierung derart gewalttätig in ſo lange beſtehende und natürliche Verhältniſſe eingreife, wie es die gegenwärtige Regierung mit ihrer Verordnung über die Aufhebung von 7 Oberämtern und des Landgerichts Hall getan habe. Das Ermächtigungsgeſetz ſcheine auf die Regierung wie eine Einzeit gewirkt zu haben; ſie denkt nicht mehr daran, wie ſolche Eingriffe auf das Volk wirken müſſen. Warum hebt man denn nicht das Landgericht Ellwangen auf und gerade das Landgericht Hall? Das Volk muß zu der Meinung kommen, daß religiöſe Gründe maßgebend geweſen ſeien. (Unruhe.) Bei den Demokraten iſt Hopfen und Malz verloren (Heiterkeit); aber das Zentrum ſchwankt zwiſchen der Stimme ſeines Gewiſſens und dem Geiſt, der vom Miniſtertiſch ausgeht. Man muß dem Volk geben, was ſein Recht iſt, nämlich die Möglichkeit, bei den Wahlen über dieſe Frage zu entſcheiden. Daher beantrage er, die Regierungsverordnung aufzuheben oder die Zuſammenlegung der Oberämter uſw. bis nach den Neuwahlen zu verſchieben.

Abg. Keil (Soz.): Der von der Regierung beſchrittene geht noch nicht weit genug; urſprünglich wollte die Regierung doch 20 Oberämter aufheben. Die ſozialdemokratiſche Fraktion beantragt, daß die Regierung einen weitergehenden Geſetzentwurf vorlegen ſoll.

Abg. Bock u. Gen. (Zentr.) bringen den Antrag ein, die Rechtsgültigkeit der Verordnung bis 15. Juni auszuſetzen.

Miniſter des Innern Bolz: Eine Zweidrittelmehrheit der Kammer hat der Regierung die Ermächtigung erteilt. Wir glauben uns mit der ergangenen Verordnung beſcheiden zu können; der künftige Landtag kann ja in der Staatsvereinfachung noch weiter gehen, aber um die Frage wird keine Regierung herumkommen. Bei der Aufhebung des Landgerichts Hall ſpielten konfeſſionelle Geſichtspunkte ſo wenig eine Rolle wie bei den Oberämtern. Auf ſolch ſchmutzige Vorwürfe gehe ich nicht weiter ein.

Juſtizminiſter Beyerle: Das Hereinwerfen konfeſſioneller Geſichtspunkte hat mich aufs höchſte befremdet. Die Aufhebung des Landgerichts Hall war ſchon 1911 vorgeſehen. Hall hat den kleinſten Perſonalbeſtand, während Ellwangen einen der an Ausdehnung größten Bezirke verſehen muß.

Finanzminiſter Schall: Ohne rückſichtsloſen Abbau im Reich und in den Einzelſtaaten wäre der finanzielle Zuſammenbruch nicht zu vermeiden geweſen. In Württemberg wurden von 20 259 Beamten bisher 2167 oder etwa 11 Prozent abgebaut: beim Staatsminiſterium und Verwaltungsgericht 22 Prozent, bei der Juſtizverwaltung 10 Prozent, bei der Verwaltung des Innern 12 Prozent, bei der Verwaltung des Arbeits- und Ernährungsminiſteriums 19 Prozent, im Kirchen- und Schulweſen 11 Prozent, in der Verwaltung der Finanzen und der gewerblichen Betriebe 17 Prozent. Im neuen Haushalt werden die Geſamtausgaben auf 125 Millionen, die Einnahmen auf 88,5 Millionen Mk. veranſchlagt. Aus dem Abbau werden ſchätzungsweiſe 3 bis 4 Millionen Erſparniſſe erzielt. Nach Heranholen aller Steuermittel verbleibt ein ungedeckter Betrag von 6 Millionen Mark. Deshalb müſſen die Sparmaßnahmen fortgeſetzt werden.

Abg. Bock (Zentr.): Wir ſind der Meinung, daß dieſer abſterbende Landtag dieſe Frage ſachlich nicht entſcheiden, ſondern die Entſcheidung ſeinem Nachfolger überlaſſen ſoll. Daher unſer Antrag, wonach die Oberamtsbezirke bis zum 15. Juni fortbeſtehen ſollen.

Abg. Scheef (Dem.): Das Ermächtigungsgeſetz hat der deutſchen Wirtſchaft die Rettung gebracht. Für die Lage der aufgehobenen Oberamtsſtädte haben wir volles Verſtändnis. (Zuruf: Konſeitroſt!) Der Antrag des Zentrums iſt nicht zweckmäßig; er wird Unſicherheit in die Führung der Verwaltung bringen und großen Schaden anrichten. Die Rechte hat 1921 die Notwendigkeit des Abbaus anerkannt. (Widerſpruch. Rufe: Aber nicht in dieſer Weiſe!) Wir verbitten uns, daß unſere Miniſter in derart häßlicher Weiſe behandelt werden, wie Bazille es heute getan hat. Die Aufhebung der Verordnung würde die ganze Reformtätigkeit lahmlegen. Dem württ. Volk iſt nicht gedient, wenn ſeine Geſchicke unter wahltaktiſchen und parteipolitiſchen Geſichtspunkten entſchieden werden.

Abg. Bickes (DB.): Es hätte großzügiger von oben herab abgebaut und vor allem das Arbeits- und Ernährungsminiſterium aufgehoben werden müſſen. Wir ſtimmen den Anträgen der Bürgerpartei zu, wollen aber der Regierung nicht das Mißtrauen ausſprechen.

Abg. Andre (Ztr.) polemiſiert gegen die Rechte. Im Abbau der ſieben Oberämter kann man nicht das ſehen, was 1921 als Ziel der Verwaltungsreform gefordert wurde.

Abg. Bazille (BP.) betont, daß man vor allem alle Revolutionsämter hätte abbauen ſollen. Der dem. Abgeordnete Barnholt behauptete, Miniſterialrat Dehlinger ſei ſchuld an den Steuern, er ziehe jetzt als Strauchritter umher und bekämpfe ſie. Wer iſt denn tonangebend, die Referenten oder die Miniſter? (Abg. Schermann: Das weiß man manchmal nicht!) Bitte, hier ſind zwei Zentrumsminiſter, die müſſen es wiſſen. (Große Heiterkeit!) Die Erſparnis infolge der Aufhebung der ſieben Oberämter iſt zu gering. Kämen wir in die Regierung, ſo würden wir die Aufgaben der Zeit anders anfaſſen.

Abg. Müller (Komm.): Wir Kommuniſten beteiligen uns nicht an dieſen Wahlreden. Wir ſtimmen für den Antrag der Bürgerpartei, weil wir alle diktatoriſchen Maßnahmen einer demokratiſchen Regierung ablehnen. Sachlich ſtehen wir auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie. Die Verordnung iſt Flickwerk. Das Zentrum will ſcheints mit der Bürgerpartei in die Regierung eintreten. Die Demokratie iſt zu einer brutalen Diktatur geworden. Miniſter Bolz iſt's angſt vor den kommenden Wahlreden. Jedenfalls wird er an den abgebauten Oberämtern im Bogen herumfahren. (Große Heiterkeit!)

Die weitere Beratung wird auf Donnerstag vertagt.

* * *

Der Antrag Bazille mit 43 gegen 42 Stimmen abgelehnt

Am Donnerstag vormittag wurde bei vollbeſetzten Tribünen und in Anweſenheit ſämtlicher Miniſter ſowie der aus der Haft entlaſſenen kommuniſtiſchen Abgeordneten Schneck und Stetter die Beratung über den Antrag Bazille fortgeſetzt.

Abg. Keil (Soz.): Die geſtrige Verhandlung ſei ein Vorſpiel der Regierungsbildung nach den Wahlen. Das Zentrum gehe gegen ſeine eigenen Miniſter vor. Die Bezirksverwaltung ſei ſchon vor Jahren als vereinfachungsreif erkannt worden. Der Wohlſtand einer Stadt hänge nicht vom Charakter als Amtsſtadt ab. Der Redner ſtellte den Antrag, daß das dem Siebenerausſchuß vorgelegte Material der Oeffentlichkeit übergeben werde.

Abg. Bock (Ztr.): Seine Partei betreibe keine Miniſterſtürzerei. Der von ihm geſtellte Antrag ſei auch kein Mißtrauensvotum für die Regierung.

Abg. Scheef (Dem.): Falls der Antrag des Zentrums angenommen werde, ergäben ſich für die beiden Miniſter der Demokraten weitreichende politiſche Folgerungen. Ueber ihre Art ſei ſeine Partei zu keinem vollſtändigen Ergebnis gekommen. Um Gelegenheit zur Beratung zu erhalten, ſollte die Sitzung bis zum Abend unterbrochen werden. Hierauf wurde ein Antrag Andre und Keil angenommen, die Sitzung auf 1 Stunde (bis ½12 Uhr) zu unterbrechen.

Staatspräſident Dr. Hieber: Wenn die Verordnung aufgehoben würde, ſo könne er auch die Sparmaßnahmen auf dem Gebiet der Schulverwaltung nicht verantworten.

Bei der nun folgenden Abſtimmung wurden der Antrag Bazille auf Aufhebung der Verordnung gegen die Stimmen der Bürgerpartei und der Deutſchen Volkspartei, der Antrag Keil auf Vorlegung eines neuen, weitergehenden Geſetzes gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und der Kommuniſten, der Eventualantrag Bazille auf Ausſetzung des Vollzugs der Verordnung gegen die Stimmen der Rechten, und der Antrag Bock (Ztr.) auf Ausſetzung des Vollzugs bis zum 15. Juni mit 43 gegen 42 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Für den Zentrumsantrag ſtimmten das Zentrum und die Bürgerpartei. Der Stimme enthielten ſich die Abg. Bickes und Hartmann von der Deutſchen Volkspartei. Der Innenminiſter Bolz ſtimmte überhaupt nicht ab. (Zuruf von rechts: Wo bleibt Bolz?) Der Antrag Keil auf Vorlegung des im Siebenerausſchuß zur Kenntnis gebrachten Materials wurde einſtimmig angenommen.

Die Verordnung auf Aufhebung der ſieben Oberämter und des Landgerichts Hall bleibt ſomit beſtehen.

Ein Antrag des Geſchäftsordnungsausſchuſſes auf Genehmigung der Strafverfolgung von Kommuniſten wegen Preßvergehen wurde nach kurzer Debatte abgelehnt. Die nächſte Sitzung wurde auf Freitag vorm. 9 Uhr anberaumt.

Abg. Bazille (BP.) ſchlägt vor, den heute abgelehnten Zentrumsantrag, der in die Form eines Geſetzentwurfs gekleidet war, morgen in zweiter Leſung zu beraten.

Präſident Walter widerſprach dem, da der Entwurf abgelehnt ſei. Abg. Bock (Ztr.) erklärte jedoch, die Auffaſſung des Präſidenten ſei nicht richtig. Der Entwurf müſſe einer dreimaligen Beratung unterzogen werden. Nach der heutigen erſten Leſung dürfte eine Abſtimmung überhaupt nicht ſtattfinden. Erſt wenn in der zweiten Beratung Ablehnung erfolgt, iſt über den Entwurf entſchieden. Abg. Scheef (Dem.) vertrat die Auffaſſung, daß die Abſtimmung gültig ſei. Das Haus habe dadurch, daß es in namentliche Abſtimmung eintrat, von ſich aus die Geſchäftsordnung abgeändert. Abg. Bock (Ztr.) erwiderte, keinem Mitglied des Hauſes ſei zum Bewußtſein gekommen, daß mit der Abſtimmung die Nichteinhaltung der Geſchäftsordnung gebilligt werden ſollte. Abg. Keil (Soz.) ſtellte ſich auf denſelben Standpunkt. Es bleibe nichts anderes übrig, als die zweite Beratung des Geſetzentwurfs auf die Tagesordnung der nächſten Sitzung zu ſetzen und dadurch den heutigen Beſchluß aufzuheben. Auf Antrag des Abg. Bazille (BP.) wurde ſodann die zweite Leſung des Geſetzentwurfs (Antrag Bock) als erſter Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung vom nächſten Samstag geſetzt.

Württemberg

Stuttgart, 3. April. Die Gutshöfe der Stadt. Das Städt. Nachrichtenamt teilt, entgegen umlaufenden Gerüchten, mit, daß keines der ſtädtiſchen Hofgüter verkäuflich ſei.

Leonberg, 3. April. Straßenbahnverbindung. Wie die „Glems- und Würmgauzeitung“ hört, ſoll die Straßenbahnverbindung Feuerbach—Weilimdorf—Gerlingen bald zur Ausführung kommen, wenn die drei genannten Gemeinden 1 Million Goldmark zum Bau der Strecke aufbringen. Die Straßenbahn-A.-G. Stuttgart ſteuert etwa 250 000 ℳ bei.

Heilbronn, 3. April. Der Wert der Kriegsanleihe. Kommt da dieſer Tage ein Bub auf die Oberamtsſparkaſſe mit einem Hinterlegungsſchein für Kriegsanleiheſtücke ſeines Vaters, die er zurückforderte. Der Direktor gab ihm zur Antwort, da müſſe er den Empfang unterſchreiben laſſen. Das habe aber doch gar keinen Wert, ſein Vater könne die Stücke ja doch nicht verkaufen, worauf der Bube erwiderte: Mein Vater braucht ſie aber, um mir einen Drachen draus zu machen.

Kirchheim u. T., 3. April. Waſſerprobe. Am Südweſtrand des Dorfes Böhringen auf der nahen Hochalb verſinken plötzlich die zum Teil ſehr übelriechenden und mit Jauche vermiſchten Abwaſſer des Dorfs in bisher unbekannte Tiefen des klüftigen Weißjura-Untergrunds. Von den Geologen war längſt vermutet worden, daß das Einzugsgebiet der Lauterquelle bei Schlattſtall irgendwie mit dieſem verſickernden Abwaſſer in Verbindung ſtehe. Am 1. April wurde nun mittels Grünfärbung der Abwäſſer durch den chemiſchen Stoff Urania in Böhringen eine Probe angeſtellt und genau zur berechneten Zeit entſtrömte das ſonſt kriſtallklare Waſſer der Lauterquelle in leuchtender grüner Farbe.

Waſſerſtetten OA. Münſingen, 3. April. Der Tod treuer Freunde. Auf eine Anzeige hin ſollten die beiden Wolfshunde der Firma Gebr. Maier erſchoſſen werden. Einen Hund tötete der Beſitzer ſelbſt, den anderen der Landjäger. Der angekettete Hund ſtand nach dem ſiebten Schuß noch am Platze und mußte ſchließlich mit einem Stück Holz erſchlagen werden. Daß ſolche Fälle die Schutzmaßnahmen gegen die Tollwut nicht beliebter machen, liegt auf der Hand.

Bebenhauſen, 3. April. Der Backofen als Nachtlager. Ein ungewöhnliches, aber doch warmes und billiges Nachtlager ſuchte ſich ein zugereiſter Handwerksburſche. Er kroch in den Gemeindebackofen und ruhte ſanft, bis am andern Morgen eine Frauensperſon kam, um den Ofen zum Backen fertig zu machen.

Mühlen a. N., 3. April. Das Schickſal der Synagoge. Die Synagoge, die in der Nähe der katholiſchen Kirche ſteht, wurde von Bahnarbeiter Chriſtian Müller von hier um 1500 Mk. gekauft. Müller läßt die Synagoge in ein Wohnhaus umbauen. — Die israelitiſche Gemeinde, die in den letzten Jahren ſehr zurückgegangen iſt, beſteht nur noch aus 3—4 Familien. Alle ſind in die Großſtädte abgewandert.

Oberopfingen OA. Leutkirch, 3. April. Hühnerpeſt. Seit einigen Wochen graſſiert in unſerem Ort die Hühnerpeſt. In vielen Haushaltungen ſind in ein paar Tagen die ganzen Hühnerbeſtände eingegangen, oft 50—80 Stück. Die Seuche wurde aus einer benachbarten bayriſchen Gemeinde eingeſchleppt. Der Schaden iſt jetzt, beim Beginn der Hauptlegezeit, beſonders empfindlich.

Proteſtverſammlung gegen die Aufteilung der Oberämter

Stuttgart, 3. April. Im Bürgermuſeum fand geſtern vormittag eine große Proteſtverſammlung der ſieben aufgehobenen Oberämter Blaubeuren, Brackenheim, Neresheim, Spaichingen, Sulz, Weinsberg und Welzheim ſtatt, zu der aus den genannten Bezirken Hunderte von Männern mit den Frühzügen herbeigeeilt waren, die in geſchloſſenem Zuge unter Mitführung von Plakaten: „Wir laſſen uns nicht vergewaltigen, alle Gewalt geht vom Volk aus“, vom Bahnhof zum Bürgermuſeum gezogen waren. Stadtſchultheiß Dr. Winker-Spaichingen begrüßte die Verſammlung, die den Saal des Bürgermuſeums bis auf den letzten Platz gefüllt hatte, und ſtellte feſt, daß die Miniſter, ſowie Staatsrat Hegelmaier u. a. ſchriftlich und mündlich zu der Verſammlung eingeladen wurden. (Lebhafte Zurufe: Wo ſind ſie?)

Hierauf erſtattete Stadtſchultheiß Dorn-Blaubeuren einen längeren Bericht über die Aufhebung der Oberämter, wobei er betonte, daß dieſe ſich in der Notwehr befänden. Man habe wieder einmal am falſchen Platz geſpart. Der ganze Mittelſtand in den betreffenden Städten werde von der Regierung zugrunde gerichtet. Wir verwahren uns dagegen, als Staatsbürger zweiter Klaſſe behandelt zu werden. Gegen eine vernünftige Neuregelung der Bezirke habe man ſich nie geſträubt. Die Aufhebung wirke ſich in einer Laſtenverſchiebung, nicht aber in einer Erſparnis aus. Der Abbau möge da beginnen, wo mit der Revolution der Aufbau angefangen habe. Für die Auswahl der ſieben Oberämter ſeien nicht wirtſchaftliche, ſondern nur parteipolitiſche Geſichtspunkte maßgebend geweſen. Warum ſei denn ſüdlich der Donau kein Stein vom andern gekommen? Regierung und Landtag mögen ſich hüten, die Bevölkerung zu zwingen, ihr Recht bei der nächſten Landtagswahl zu erkämpfen.

Stadtſchultheiß Rall-Welzheim teilte mit, daß er inzwiſchen die Regierung telephoniſch gebeten habe, an der Verſammlung teilzunehmen. Der Staatspräſident und Miniſter Bolz hätten geantwortet, die Regierung fühle ſich nur dem Landtag gegenüber verantwortlich, aber nicht dieſer Verſammlung. Man könne ihr nicht zumuten, in dieſer Verſammlung zu erſcheinen, auch lehne ſie es ab, weiterhin Abordnungen zu empfangen. (Große Unruhe, erregte Zurufe, allgemeine Mißſtimmung.)

Hierauf kamen die Abgeordneten verſchiedener Parteien zum Wort. Der Abg. Bazille (Bürgerp.), von der Verſammlung mit ſtürmiſchen Beifallsrufen begrüßt, erklärte, daß ſeine Partei nicht des Wahlerfolges wegen, ſondern bereits 1921 ſich gegen die Aufteilung von Oberamtsbezirken ausgeſprochen habe, weil es ſich bei dieſen im Gegenſatz zu den Kreisregierungen um lebendige Organismen handle, die nicht zerſtört werden dürfen. Der Abbau müſſe anderswo beginnen. Drei Miniſterien genügten für Württemberg. Nach den vielen ſeeliſchen Erregungen könne die Bevölkerung mit Recht verlangen, daß man ſie nicht durch ſolche Probleme erſchüttere. Die Oberamtsſtädte ſeien Sitze alter Kultur und gemütvollen ſchwäbiſchen Lebens. Ein Eingriff in den Rechtszuſtand des Landes dürfe nicht von einer Minderheitsregierung gemacht werden, ſondern nur durch den Willen des Volks ſelbſt erfolgen. Es ſei bedauerlich, daß die Regierung nicht den Mut gefunden habe, vor eine ſolch große Zahl wackerer Bürger hinzutreten. (Stürmiſcher Beifall).

In ähnlichem Sinne ſprach ſich der Abg. Fiſcher (Bürgerp.) als Vertreter des Mittelſtands aus. Abg. Barnholt (Dem.) ſuchte das Fernbleiben des Staatspräſidenten und des Miniſters Schall zu entſchuldigen, die in Fraktionsſitzungen ſeien. Redner nannte die Veranſtaltung eine Wahlverſammlung und polemiſierte gegen Bazille, ſtieß aber auf ſtürmiſche Entrüſtungsrufe und mußte ſchließlich abtreten. Abg. Bickes (D.B.) ſprach ſich gegen die Aufteilung der Oberämter aus, durch die keine Erſparniſſe erzielt würden und die ſich in Anbetracht der großen Erregung im Lande nicht verantworten laſſe. Abg. Gengler (Ztr.), durch Zwiſchenrufe oft unterbrochen, legte Verwahrung dagegen ein, daß für die Entſchließungen der beiden Zentrumsminiſter parteipolitiſche Geſichtspunkte entſcheidend geweſen ſeien. Lediglich die Zweckmäßigkeit habe den Ausſchlag gegeben. Kinkel (Soz.) betonte, ſeine Partei nehme Rückſicht auf das Geſamtwohl des Volks. Sie wolle ganze Arbeit und kein ſolches Stückwerk. Abg. Groß (Ztr.) führte aus, daß bei der Oberamtsaufteilung keine weſentlichen Erſparniſſe erzielt würden. Dieſe müßten auf anderem Weg und in anderer Form erreicht werden.

Hierauf wurde einſtimmig eine an den Württ. Landtag gerichtete Entſchließung angenommen, die dem Bedauern und der Entrüſtung Ausdruck verleiht, daß durch eine an ſich verſtändliche, in ihrer finanziellen Wirkung aber ſehr zweifelhafte Sparmaßnahme der Regierung die durch

Jahrhunderte gefeſtigten wirtſchaftlichen und kulturellen Verhältniſſe der Bezirke durchſchnitten und damit weite Kreiſe des ohnehin dort bedrängten Mittelſtands in ihrer Exiſtenz bedroht werden. Es wird feſtgeſtellt, daß die Regierung die ſchwerwiegenden Gründe gegen dieſe Abbaumaßnahmen nicht gebührend gewürdigt hat, weshalb der Landtag nach Ablauf des Ermächtigungsgeſetzes als Hüter der Volksrechte und berufener Fürſorger für das Wohl aller Teile des Landes dringend gebeten wird, die Verordnung des Staatsminiſteriums aufzuheben. Die Verſammlung iſt überzeugt, daß im Wege des weiteren Ausbaus der Selbſtverwaltung, der Vereinfachung der Geſetzgebung, der Abkürzung des Inſtanzenzugs und der Zurückführung des Beamtenſtands auf die Vorkriegszeit die auch von ihr als notwendig anerkannte Einſchränkung der Staatsausgaben ſicher erreicht iſt.

An der Verſammlung beteiligten ſich u. a. aus dem Oberamt Blaubeuren rund 400 Perſonen, um derentwillen an den Schnellzug in Ulm 6 Wagen angehängt werden mußten, ferner aus den Oberämtern Sulz, Spaichingen und Welzheim je etwa 150 Perſonen. Auch die drei anderen Oberämter waren ſtark vertreten.

Was man unter „Planwirtſchaft" verſteht

Aus dem Remstal wird uns geſchrieben: Die planmäßige Heizverſorgung des Herrn Regierungsrats Pflüger, Leiter des württ. Brennſtoffamts. Wenn man zurzeit auf den Bahnhof Endersbach kommt ſo kann man dort beobachten, daß Brennholz von Bauern herbeigeführt und eingeladen wird und daß andere Bauern Brennholz ausladen und abführen. Bei näherer Erkundigung erfährt man, daß das Holz von dem nahen Schurwald von Bauern aus Hohengehren herbeigeführt und verladen wird, das Holz bekommen die Städte Ludwigsburg und Heilbronn, welchen das Holz vom Landesbrennſtoffamt zugeteilt worden iſt. Das andere Holz aber, welches ausgeladen und in die am Rand des Schurwalds gelegenen Dörfer von der Bahnſtation wieder hinausgeführt wird, das kommt, man höre und ſtaune, von — Weſtfalen. Da kein Holz aus den Staatswaldungen zum Verkauf kommt, weil es den größeren Gemeinden zugewieſen iſt, müſſen die kleinen Gemeinden zuſehen, wie das Holz aus ihrer nächſten Nähe abgeführt wird und müſſen Holz in Weſtfalen kaufen und das nennt man Planwirtſchaft. Iſt es da nicht höchſte Zeit, daß die Herren, die das machen, „planmäßig" einer anderen Beſchäftigung, die ſie verſtehen, wieder zugeführt werden?

Aus Stadt und Land.

Nagold, den 4. April 1924.

Die Freigabe des von Amerika beſchlagnahmten deutſchen Guthabens ſcheint nun endlich in Fluß zu kommen. Der Amerika-Abteilung des Hanſa-Bunds für Gewerbe, Handel, und Induſtrie, Berlin NW. 7, Dorotheenſtr. 36, ſind in den letzten Tagen mehrere Beträge zur Aushändigung an die Beteiligten vom amerikaniſchen Treuhänder in Waſhington zugegangen; ſie hat auch die Mitteilung erhalten, daß nunmehr auf baldige weitere Freigaben zu rechnen iſt. Befremdend wirkt es aber, daß von den geſamten beſchlagnahmten etwa 22 000 Beſitzteilen erſt auf rund 4000 Anſpruch geltend gemacht worden iſt. Möglicherweiſe haben die Intereſſenten geglaubt, daß ihnen das freigegebene Geld in Deutſchland beſchlagnahmt würde; das iſt nicht der Fall, im übrigen ſteht es auch jedem frei, ſein freigegebenes Guthaben bei einer amerikaniſchen Bank in Verwahrung zu geben. Zur koſtenloſen Auskunft iſt die Amerika-Abteilung des Hanſa-Bundes ſtets gern bereit. Den Anfragen iſt ein Freiumſchlag für die Rückantwort beizufügen.

Das Reiſegeld ins Ausland. Nach einer Mitteilung aus Bern wird der Geldbetrag, der im kleinen Grenzverkehr bei der Einreiſe in die Schweiz mitgenommen werden darf, demnächſt auf 16 Mark für den Tag und 300 Mark im Höchſtbetrag feſtgeſetzt. Das entſpricht ungefähr dem Betrag des großen Grenzverkehrs.

Der Deutſche Bauerntag 1924 wird in Verbindung mit der Ausſtellung der Deutſchen Landwirtſchaftsgeſellſchaft am 30. und 31. Mai in Hamburg abgehalten.

Die „Ernſten Bibelforſcher". Der St. Galler Regierungsrat hat lt. „Basler Nachrichten" das Hauſieren mit den Schriften der ſogenannten „Ernſten Bibelforſcher", der auch in Württemberg ſehr regſamen Sekte, verboten und auch die früher erteilten Bewilligungen zurückgezogen. Die Züricher Regierung iſt dieſem Beiſpiel gefolgt.

Ebhauſen, 2. April. Abſchied und Amtseinſetzung. Ein bedeutungsvoller Tag liegt hinter uns. Am Dienstag den 1. April hat im hieſigen Rathausſaal der Abſchied von Herrn Schultheiß Dengler und die Amtseinſetzung von Herrn Schultheiß Mutz ſtattgefunden. Nachdem Herr Oberamtmann Münz mit Befriedigung der Tatſache Ausdruck gegeben hatte, daß auch ein Teil der hieſigen Frauenwelt durch ihr Erſcheinen dem Ereignis des Tages Intereſſe entgegenbringe — was bei derartigen Amtshandlungen ihm ſonſt noch nie begegnet — wandte er ſich zunächſt an den nunmehr aus dem Amt ſcheidenden Schultheiß Dengler und übermittelte ihm nach einem kurzen Rückblick über ſeine Tätigkeit den wohlverdienten Dank und die Grüße des Oberamts, der Amtsverſammlung u. des Bezirksrats, um ſodann H. Schultheiß Mutz zu dem Tag ſeiner Einſetzung zu beglückwünſchen. — Im Namen des Gemeinderats und der Gemeinde ergriff nun Herr Gemeinderat Kleiner das Wort und würdigte die Verdienſte des Herrn Schultheiß Dengler, der in 35jähriger der Gemeinde in Treue gedient hat. Vor allem wurde auch die Uneigennützigkeit unſeres bisherigen Ortsvorſtehers rühmend hervorgehoben. Als Zeichen der Anerkennung gab Herr Kleiner unter Ueberreichung einer prächtigen Urkunde die Ernennung zum Ehrenbürger von Ebhauſen bekannt. Wir freuen uns mit Herrn Dengler über dieſe wohlverdiente Ehrung. — In der Begrüßung von Herrn Schultheiß Mutz betonte Herr Kleiner den Wert gegenſeitigen Verſtändniſſes und friedlicher Zuſammenarbeit. Im Namen der Schule übermittelte Herr Oberlehrer Römer Anerkennung und Dank für alles, was Herr Schultheiß Dengler jederzeit in dieſer Richtung getan hat in der richtigen Erkenntnis deſſen, was eine gute Schulung und Erziehung der Jugend bedeutet. Daß Herr Schultheiß Mutz derſelben Ueberzeugung iſt, hat er ſchon früher ausdrücklich betont. — In ſeinen Abſchieds- und Dankesworten konnte Herr Pfarrer Götz dem Scheidenden ſagen, wie köſtlich ſein bisheriges Leben war, indem Mühe und Arbeit es ausgefüllt haben. Zu Herrn Schultheiß Mutz gewendet, wies er vor allem auf ein bedeutungsſchweres Wort hin, das beſonders ein Ortsvorſteher jederzeit vor Augen haben muß: Verantwortung — vor Gott wie vor Menſchen. — In bewegten Worten dankte zunächſt Herr Schultheiß Dengler für all die Ehre und die herzlichen Wünſche, die ihm von allen Seiten zu ſeinem Abſchied entgegengebracht worden waren. Nach der feierlichen Verpflichtung des Herrn Schultheiß Mutz durch den Herrn Oberamtmann faßte unſer nunmehriger Ortsvorſtand in kurzen, treffenden Worten das zuſammen, was er als Dank und als Wunſch uns zu ſagen hatte. — Wir alle wünſchen unſerem alten Herrn einen frohen Lebensabend. Er will ſich ja noch mehr wie bisher der Landwirtſchaft und beſonders der Bienenzucht zuwenden. Möge er dabei ein „Vater vieler Völker" werden und viel ſüßen Lohn für ſeine Arbeit haben! Dem neuen Herrn Schultheiß aber wünſchen wir in ſeinem wie in unſrem Intereſſe, daß alle die guten Wünſche und Verſprechen vom 1. April 1924 ſich verwirklichen. Begraben ſei alles, was den Frieden ſtören will! Getragen von dem Vertrauen der Gemeinde kann ein Schultheiß ſelbſt wieder eine ſtarke, aufrechte Säule werden zu weiterem Aufbau.

Allerlei

Die Jagd auf Bergdoll. Drei Vertreter der „amerikaniſchen Legion" verſuchten in letzter Zeit immer wieder, den bekannten Deutſchamerikaner Bergdoll in Eberbach zur Rückkehr nach Amerika zu bewegen. Da er ſich beharrlich weigerte, drohte ihm nach der N.B.L. der Amerikaner Bloos, er werde von Leuten, die ſich in Paris aufhalten, getötet werden, wenn er nicht zurückkehre.

Die Motor-Raſerei. Bei einem Rennen des Kölner Motorradklubs 1923 wurde der Vorſitzende, Schmidt-Köln, während er auf der Straße nach Godorf einen durchfahrenden Perſonenkraftwagen aufhalten wollte, rückwärts von einem Kölner Motorfahrer überrannt und war ſofort tot. Der Fahrer erlitt einen ſchweren Schädelbruch und fünf Perſonen der Zuſchauermenge wurden verletzt. Schon vorher war ein anderer Fahrer tödlich verletzt worden. Die Rennen wurden abgebrochen.

Beim 50 Kilometer-Rennen auf dem Buffalo-Sportplatz bei Paris ſiegte der Deutſche Karl Witting in 43 Minuten 25 Sekunden. Zweiter wurde der Belgier Vanderſtuyft, dritter mit 9 Runden hinter Witting der Amerikaner Chapmann, vierter mit 18 Runden hinter Witting der Franzoſe Pariſo.

Ein ägyptiſcher Vorſchlag für den Nobelpreis. Der ägyptiſche Erſtminiſter Zaglul Paſcha hat an das Nobel-Friedenspreiskomitee ein Schreiben gerichtet, in dem er E. D. Morel als Preisträger empfiehlt.

Fruchtbarmachung. Südlich von Genthin (Prov. Sachſen) ſoll der Fiener Bruch, der nur ſaures Futter hervorbringt, entwäſſert und kultiviert werden. Die Arbeiten waren ſchon vor dem Krieg begonnen worden, mußten dann aber eingeſtellt werden. Die Fläche beträgt 9300 Hektar und es wird auf eine Verdoppelung des Ertrags mit hochwertigem Futter gerechnet. Die Koſten ſind auf 800 000 Goldmark veranſchlagt. 750 Erwerbsloſe werden auf 200 Tage beſchäftigt werden können.

Handelsnachrichten

Dollarkurs. Berlin, 3. April. 4,2105 Bill. Mk. (amtl.) Newyork 1 Dollar 4,54. London 1 Pfd. Sterl. 10,75. Amſterdam 1 Gulden 1,73. Zürich 1 Franken 0,82 Bill. Mk.

Auf dem Berliner Deviſenmarkt ſtieg Paris auf 25.50 Goldmark (100 Franken), Brüſſel auf 21.60, dagegen gingen Spanien auf 55, Kopenhagen auf 69.60, Stockholm auf 111 zurück.

Die Börſenſteuer wird gleichzeitig mit den Bankproviſionen ab 7. April ermäßigt, und zwar für Kundengeſchäfte auf 1¼, für Händlergeſchäfte auf 0,4 Prozent; bei Schuldobligationen der deutſchen Staaten und Gemeinden 1,2 für Kunden- und 0,2 Prozent für Händlergeſchäfte.

Geldmarkt. Die immer größer werdende Geldknappheit lähmt die Unternehmungsluſt. Tägliches Geld 1,25 v. Tauſend, Monatsgeld 3½ Prozent.

Bankkrach. Ein im vorigen Jahr gegründetes Bankhaus in Düſſeldorf und eine kleinere Bank in Berlin ſind zahlungsunfähig geworden.

Die ſchweizeriſche Anleihe von 30 Millionen Dollar war Mittwoch ſchon eine Stunde nach ihrer Auflegung in Newyork überzeichnet.

Stuttgarter Börſe, 3. April. Auch die heutige Börſe eröffnete in luſtloſer Haltung. Die Käufer halten ſich noch immer vom Markte fern und das geringe Angebot bewirkte ein weiteres Nachgeben der Kurſe. Die Rentenwerte konnten ſich bei geringem Geſchäft knapp behaupten. Feſtwertbank Obl. waren bei etwas niedrigeren Kurſe geſucht, Neckargold unverändert 2 Bill. G. Von den Bankaktien lagen Notenbank mit 75 am ſtärkſten gedrückt. Dagegen konnten ſich die Brauereiwerte mit Ausnahme von Ravensburg und Hohenzollern, die leicht abgeſchwächt waren, gut behaupten. Metallaktien verloren im Durchſchnitt bis zu 2; Feinmechanik 22,5, Württ. Metallwaren 41. Etwas feſter waren hier Andr. Koch mit 12,5 G. und Metall- und Lackierwaren Ludwigsburg mit 10,75 G. Der Markt der Maſchinenaktien zeigte mit Ausnahme von Heſſer, die weiterhin auf 3,75 nachgaben, ein etwas freundlicheres Ausſehen. Laupheimer Werkzeug 18 G., Eßlingen 7,7. Autowerte ſchwächten ſich mäßig ab. Von den Textilaktien ſind keine nennenswerte Veränderungen zu berichten. Die Kurserhöhungen und -Abſchwächungen hielten ſich ungefähr die Wage und betragen im Durchſchnitt 1—2 Bill. Prozent. Von den Verlagsaktien notierten u. a. Deutſche Verlag unverändert 18 G., Union 10,5 gegen 10. Der Markt an Nahrungsmittelwerten lag ebenfalls luſtlos bei leicht ermäßigten Kurſen. Stgt. Zucker 4,2, Knorr 2,65, Stgt. Bäckermühle 4,6. Von den ſonſtigen Werten ſind als etwas feſter Sekt Wachenheim mit 13 G., Ziegelwerke Ludwigsburg mit 10,1 zu nennen. Gut behauptet waren Bremen-Beſigheimer Oel mit 23,5, Schwäb. Möbelind. mit 1,15, Stgt. Gips mit 100 G. und Württ. Transport mit 26 Bill. G., Bad. Anilin ſchwächten ſich auf 16,5, Zementwerk Heidelberg auf 10,5, Köln-Rottweil auf 8,1, Salzwerk Heilbronn auf 74 B., Schleppſchiffahrt auf 5,3 G., Kraftwerk Altwürttemberg auf 9 G. und Wega auf 3,8 G. ab.

Württembergiſche Vereinsbank.

Stuttgarter Landesproduktenbörſe, 3. April. Die Preiſe blieben unverändert.

Mannheimer Produktenbörſe, 3. April. Wegen Geldknappheit und abermaliger Verſteigerungen franzöſiſchen Weizenmehls verkehrte der Markt in luſtloſer Haltung. Verlangt wurden für die 100 Kg., bahnfrei Mannheim für: Inländ. Weizen 19, ausländ. 19.50—20, Roggen 15.75—16, Gerſte 21.25—21.75, Hafer 15 bis 15.50, Mais 20—20.50, Futtermittel ziemlich unverändert, infolge des Witterungsumſchlags aber eher etwas feſter. Weizenkleie 10, Roggenkleie 9.25, Weizenfuttermehl 12, Roggenfuttermehl 11, Biertreber und Malzkeime 15.50—16, Heu 10, Stroh 5.60, je für die 100 Kg. Weizenmehl, Spezial 0, bei den Mühlen 27.75, aus der zweiten Hand 26.75—27, Roggenmehl 24—24.25 bzw. 23.25.

Berliner Getreidepreiſe, 3. April. Weizen märk. 17.10—17.60, Roggen 13.40—14, Sommergerſte 17—19, Hafer 12.40—13.10, Weizenmehl 25—27, Roggenmehl 21—23.25, Kleie 8.70—10.00.

Märkte

Stuttgart, 3. April. Schlachtviehmarkt. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 54 Ochſen, 27 Bullen, 81 Jungbullen, 81 Jungrinder, 62 Kühe, 398 Kälber, 421 Schweine, 27 Schafe und 1 Ziege. Erlös aus je 1 Pfd. Lebendgewicht in Goldpfennigen: Ochſen 1. Güte 41—46 (letzter Markt 39—45), 2. Güte 28—36 (26—34), Bullen 1. Güte 35—37 (32—35), 2. Güte 26—30 (24—29), Jungrinder 1. Güte 45—49 (43—47), 2. Güte 36—42 (35—40), 3. Güte 26—34 (26—33), Kühe 1. Güte 29—34 (28—33), 2. Güte 18—26 (unv.), 3. Güte 12—17 (11—17), Kälber 1. Güte 55—57 (54—56), 2. Güte 48—53 (47—51), 3. Güte 40—46 (38—44), Schweine 1. Güte 67—70 (64—67), 2. Güte 63 bis 66 (60—62), 3. Güte 57—61 (55—58). Verkauft wurde alles. Verlauf des Marktes: belebt bei ſchwacher Zufuhr.

NB. **Vorſtehende Preiſe ſind Schlachtviehmarkt-, nicht Stallpreiſe.**

Mannheimer Kleinviehmarkt, 3. April. Zugeführt und für 50 Kg. Lebendgewicht gehandelt wurden: 20 Kälber 50—66 und 30 Schweine 54—70 ℳ, ſowie 798 Ferkel und Läufer 13—36 ℳ d. St. Kälber geräumt; Schweine Ueberſtand.

Marbach, 3. April. Viehmarkt. Zufuhr 30 Ochſen und Stiere, 11 Kühe, 32 Kalbinnen und Rinder, 26 Jungrinder und 3 Farren. Der Handel ging flau, da für Zuchtvieh immer noch zu hohe Preiſe verlangt werden. Der Preis für Kühe und Rinder ſtellte ſich auf 500 bis 650 ℳ.

Reutlingen, 3. April. Viehmarkt. Zufuhr: 10 Ochſen, 20 Kühe, 20 Rinder, 10 Kalbinnen, 10 Jungvieh, 90 Milch- und 16 Läuferſchweine. Es koſteten: Ochſen 500—650 ℳ, Kühe 400—600, Rinder 200—350, Kalbinnen 500—700, Jungvieh 120—350 ℳ.

Laupheim, 3. April. Viehmarkt. Auf dem letzten Markt wurden verkauft 18 Stück Rindvieh. Preis 110—270 ℳ, 240 Saugſchweine um 19—26 ℳ, 3 Läufer um 45—68 ℳ das Stück.

Viehmarkt Munderkingen, 2. April. Zufuhr: 34 Pferde, 36 Farren, 67 Ochſen, 37 Kühe, 158 Kalbeln, 234 Rinder, 15 Mutterſchweine, 30 Läufer und 573 Milchſchweine. Verkauft wurden 17 Farren, 13 Ochſen, 6 Kühe, 78 Kalbeln, 87 Rinder, 10 Mutterſchweine, 20 Läufer [illegible] Farren 180—300, Ochſen 320—550, Kühe 250—400, Kalbeln 300 bis 630, Rinder 120—300 ℳ.

Schweinemärkte. Ludwigsburg: Zufuhr 25 Läufer und 110 Milchſchweine. Verkauft wurden 10 Läufer und 110 Milchſchweine. Preis für ein Läuferſchwein 36—56 ℳ, für ein Milchſchwein 17—32 ℳ. Handel lebhaft. — Backnang: Auftrieb 126 Milch- und 3 Läuferſchweine. Verkauft 120 Milchſchweine zu 17—28 ℳ. Läufer wurden nicht verkauft. — Nördlingen: Milchſchweine 30—50 ℳ, Läufer 60—90 ℳ d. P. — Ehingen: Zufuhr 418 Ferkel, 14 Läufer, 4 Mutterſchweine. Preiſe 50—[illegible] bzw. 70—100 d. P. Mutterſchweine 180—200 d. St. Handel flau. — Weilderſtadt: Zufuhr 92 Milchſchweine. 1. Sorte 60, 2. 48, 3. 42 GM. das Paar. Kleiner Ueberſtand. — Reutlingen: Milchſchweine 28—40, Läufer 50—80 ℳ. — Munderkingen: Mutterſchweine 100—240, Läufer 50—65, Milchſchweine 20—35.

Fruchtſchranne Munderkingen, 2. April. Auf der Fruchtſchranne wurden erlöſt für Weizen 10.40, Gerſte 10.40—11.50, Hafer 7.20, Wicken 15 und Roggen 8.40 ℳ.

Fruchtmärkte. Auf der Schranne in Ehingen koſtete Gerſte 10.30—11, Hafer 8—8.40, Weizen 10.30—10.50 ℳ der Zentner. — In Wangen notierten: Roggen 10.30—12, Saatroggen 1 bis 15, Gerſte 12.50, Saatgerſte 13, Hafer 8.50—9.50, Saathafer 10—11 ℳ pro Ztr.

Stuttgart, 3. April. Großmarkt. Die Preiſe haben ſich wenig verändert. Tafeläpfel 20—30, Edeläpfel 30—35 ₰ d. Pfd., ausländiſche 40—50 und höher. Blumenkohl 80 ₰ bis 1.20 d. St., Salat 40—60, Lattich- und Ackerſalat 2—2.50, Kreſſe 1.50, Spinat 1.00—1.50 d. Pfd. Radieschen 30—35, Rettiche 60—80, Karotten 2.00 d. Bund. Landbutter 2.00, Tafelbutter 2.10—2.30, holl. [illegible] bis 2.50, amerik. Schmalz 74—76 d. Pfd. Eier 11—12, Italiener 12, Steiermärker 11, Enteneier 13, Gänſeeier 25—30 d. St.

Deviſenkurſe in Billionen

Berlin		2. April Geld	2. April Brief	3. April Geld	3. April Brief
Holland	100 Guld.	155,61	156,39	155,36	156,14
Belgien	100 Fr.	21,15	21,25	21,55	21,65
Norwegen	100 Kr.	57,36	57,64	57,36	57,64
Dänemark	100 Kr.	69,82	70,18	69,43	69,77
Schweden	100 Kr.	111,22	111,78	110,72	111,28
Italien	100 Lira	18,85	18,95	18,85	18,95
London	1 Pfd. Sterl.	18,055	18,145	18,055	18,145
Newyork	1 Dollar	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris	100 Fr.	24,94	25,06	25,14	25,26
Schweiz	100 Fr.	73,57	73,93	73,57	73,93
Spanien	100 Peſeta	56,66	56,84	54,86	55,14
D.-Oeſter.	100 000 Kr.	6,08	6,12	6,08	6,12
Prag	100 Kr.	12,71	12,79	12,71	12,79
Ungarn	100 000 Kr.	6,38	6,42	6,38	6,42
Argentinien	1 Peſo	1,385	1,395	1,375	1,385
Japan	1 Yen	1,795	1,805	1,795	1,805
Danzig	100 D. Guld.	72,31	72,59	72,31	72,59

Das Wetter

Die Zufuhr kalter Luftmaſſen aus Nordeuropa hält an. Für Samstag und Sonntag iſt immer noch vielfach bewölktes, naßkaltes bis rauhes Wetter zu erwarten.

Beſtellt den „Geſellſchafter!"

Reichs- und Landtagswahl.

Für die am **Sonntag, den 4. Mai 1924,** von vorm. 8 Uhr bis nachm. 5 Uhr stattfindende Reichstags- und Landtagswahl hat das Oberamt nach Anhörung der Gemeindebehörden die Abgrenzung der Abstimmungsbezirke und die Bestimmung der Abstimmungsräume vorgenommen und ff. Abstimmungsvorsteher und Stellvertreter ernannt: 1185

Nr.		Abstimmungsbezirk.	Abstimmungsraum.	Abstimmungsvorsteher	Dessen Stellvertreter
1	**Nagold** Bezirk I . . .	Stadtteil abwärts rechts der Calwer-, Markt- und Iselshauserstraße	Rathaus	Stadtschultheiß Maier	Stadtpfleger Lenz
2	„ Bezirk II . . .	Stadtteil aufwärts links dieser Straßen	Erdgesch. d. alten (Knab.) Schulhs.	Oberlehrer Günther	Obersekretär Schuster
3	**Altensteig-Stadt** Bez. I	Stadtteil links der Nagold	Rathaus	Stadtschultheiß Welker	Sparkassier Walz
4	Bez. II	Stadtteil rechts der Nagold	Untrn. Schulhaus	Stadtpfleger Pfitzenmaier	Verw.-Akt. Kalmbach
5	**Altensteig-Dorf** . . .	(Gesamt-)Gemeinde	Rathaus	Schultheiß Seeger	Gdepfleger Kalmbach
6	**Beihingen**	„	„	„ Franz	„ Großmann
7	**Berneck**	„	„	Stadtsch. Amtsv. Braun	Gderat Großhans
8	**Beuren**	„	„	Schultheiß Kalmbach	„ Keck
9	**Bösingen**	„	„	„ Groß	Gdepfleger Rentschler
10	**Ebershardt**	„	„	„ Rotfuß	Christ Weik
11	**Ebhausen**	„	„	„ Mutz	Gderat Kleiner
12	**Effringen**	„	„	„ Höhn	„ Christ. Geigle
13	**Egenhausen**	„	„	„ Ruth	„ Brenner
14	**Emmingen**	„	„	„ Huber	„ Roh
15	**Enztal**	„	„	„ Siferinger	„ Erhardt
16	**Ettmannsweiler** . . .	„	„	„ Kübler	„ Waidelich
17	**Fünfbronn**	„	„	„ Schwemmle	„ Kalmbach
18	**Garrweiler**	„	„	„ Kalmbach	Gdepfl. [illegible] Seeger
19	**Gaugenwald**	„	„	„ Dürr	Gderat Rupps
20	**Gültlingen**	„	„	„ Widmann	„ Bühler
21	**Haiterbach** m. Altnuifra	„	„	Stadtschultheiß Bernhardt	„ Gutekunst
22	**Iselshausen**	„	„	Schultheiß Kaiser	„ Bözenstein I
23	**Mindersbach**	„	„	„ Dürr	„ Heiter
24	**Oberschwandorf** . . .	„	„	„ Bissig	„ Brenner
25	**Obertalheim**	„	„	„ Zink	„ Schlotter
26	**Pfrondorf**	„	„	„ Vetter	„ Renz
27	**Rohrdorf**	„	„	„ Schmidt	„ Grieshaber
28	**Rotfelden**	„	„	„ Rentschler	„ Ungericht
29	**Schietingen**	„	„	„ Theurer	Gdepfl. Rauschenberger
30	**Schönbronn**	„	„	„ Ziegler	„ Stockinger
31	**Simmersfeld**	„	„	„ Metzger	Gderat Buchfink
32	**Spielberg**	„	„	„ Wagner	„ Kienzle
33	**Sulz**	„	„	„ Barth	„ Beßler
34	**Ueberberg**	„	„	„ Keppler	Gdepfleger Rentschler
35	**Unterschwandorf** . . .	„	„	Gemeinderat Wolf	Gderat Kehle
36	**Untertalheim**	„	„	Schultheiß Kink	„ Rüger
37	**Walddorf mit Monhardt**	„	„	„ Rentschler	„ Schuler
38	**Wart**	„	„	„ Herrmann	„ Großmann
39	**Wenden**	„	„	„ Walz	„ Großmann
40	**Wildberg**	„	„	Stadtschultheiß d'Argent	„ Rau

Die Gemeindebehörden werden angewiesen, Vorstehendes ortsüblich bekannt zu machen. Die Bekanntmachung ist dem Abstimmungsvorsteher zur Benützung bei der Wahl auszuhändigen.

Oberamt: Münz.

Nagold, den 3. April 1924

Lat.- u. Realschule Nagold

begeht am **Samstag, 5. April 1924 vorm. 9 Uhr im Traubensaal** die **Jahres-Schlußfeier** mit Gesangs- und Gedichtvorträgen durch die Schüler und Jahresbericht von St.-Rat Nagel. Hiezu werden die Eltern der Schüler und Schülerinnen und Freunde der Schule geziemend eingeladen. 1168

Nagold, 2. April 1924. **St. R. Nagel.**

Schulkameraden und -Kamerädinnen
vom Jahrgang 1898

treffen sich am **Samstag, 5. April, abends ½9 Uhr** zu einer Besprechung betr. Ausflug usw. in der R.st. z. **„Eisenbahn".**

Vollzähliges Erscheinen aller 98er erwarten

1189 **die Einberufer** (Modell 1898).

Mehrere junge Mädchen

im Alter von 14—16 Jahren werden **sofort eingestellt: guter Verdienst!** 1194

Tänzer & Helbl, Schuhfabrik, **Wildberg.**

Mey's Kragen

mit feinem Wäschestoff

die ideale Herrenwäsche

1 Dutzend in Schachtel

ℳ 1.35—1.65 je nach Form

Hauptverkaufsstelle

G. W. Zaiser.

1200 **Nagold.**

Reinhold Kauser, Kalkwerksbesitzer hier hat das Gesuch gestellt, die zwischen seinen beiden Kalksteinbrüchen im Gäuspitz liegende Fläche des

Feldwegs Nr. 27 genannt Heerstraße

entlang den P. Nr. 5068—5071

als entbehrlich aufzuheben.

Etwaige Einwendungen gegen die Aufhebung sind seitens der beteiligten Güterbesitzer binnen 3 Wochen beim Stadtsch. Amt geltend zu machen.

Den 3. April 1924. **Gemeinderat:** Vorst. Maier.

Visiten-Karten

fertigt

als praktische Konfirmations- und Oster-Geschenke

NAGOLD G. W. ZAISER.

Nagold.

Bewerber

um die auf 1. Juli d. J. zur Erledigung kommende

Faselviehwärterstelle

wollen sich binnen 2 Wochen beim Stadtsch. Amt melden, wo auch die Belohnungs- und Anstellungsbedingungen zu erfahren sind. 1199

Den 3. April 1924. **Stadtsch.-Amt:** Maier.

Effringen.

Nutzholz-Verkauf.

Am **Samstag, den 5 d. M. nachmittags 2 Uhr** verkauft die Gemeinde **5 Rm. Erlenholz** auf Platz in Schwarzenbach b. Egelsteigle.

1191 **Gemeinderat.**

Die soeben erschienenen

Amts- und Wandkalender 1924/25

für die ev. Volksschulen

sind vorrätig bei

Buchhandlung Zaiser, Nagold.

Lehr-Verträge

Vorrätig bei **G. W. Zaiser, Nagold.**

Anzeigen

für die Samstags-Nummer

wollen heute noch aufgegeben werden.

Geschäftsstelle des Gesellschafter.

„Oloma" Füllfederhalter

mit echter Goldfeder

sowie auch mit Ersatzfedern

in verschiedenen Preislagen wieder zu haben bei

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Oele, Farben u. Lacke

jeder Art kauft Industrie, Gewerbe und Privat

am besten im Spezialgeschäft bei 352

Karl Ungerer, Nagold. Telefon Nr. 4.

Holzbildhauer-Gesuch.

Such für sofort tücht.

Holzbildhauer.

Zugleich bringe ich mich **im Anfertigen sämtl.**

Holz- u. Stein-Bildhauerarbeiten

in empfehlende Erinnerung. 1195

Carl Kössig
Holzbildhauer, Nagold.

Verlaufen

hat sich mein 1197

Wolfshund (Rüde)

schwarz mit gelb ³/₄ Jahr alt, auf den Ruf „Wolf" gehend. Um Mitteilung gegen Belohnung bittet

Rudolf Kapp,
Emmingerstraße Nagold.

Nagold. 1192

4 Enten, 1 Enterich

verkauft

Wer? sagt d. Geschäftsstelle des Blattes.

Nagold. 1166

Einen Wurf schöne

Milchschweine

verkauft am **Samstag 5. April** vormittags 11 Uhr.

Fritz Moser, Bäckermstr.

Zimmer-Gesuch.

Jüngerer Herr sucht 1-2 freundliche möblierte

Zimmer

mit Heizung und Licht.

Angebote unter Nr. 1196 an den „Gesellschafter".

Oberschwandorf.

Einen kräftigen

Jungen

nimmt in die Lehre

Gg. Schuon,

1186 Mühlebesitzer.

Ein jüngerer, tüchtiger

Pferdeknecht

kann sofort eintreten bei 1187

J. Hehr, Altensteig.

Schöne und zugleich praktische Geschenke zur Konfirmation u. Ostern sind:

Füllfederhalter

mit echten Goldfedern schon von M. 5.- an

Füllbleistifte

in Galalith u. Silber

feine

Schreibgarnituren
Petschafte u. Brieföffner

in grosser Auswahl bei

G.W. Zaiser.

Achtung!

Empfehle z. Konfirmation

frische Molkerei-

Tafelbutter zu 2.30 M.

sowie von morgen Samstag 1 Uhr ab frisches

billiges Frühgemüse

Blumenkohl von 80 ₰ an
Spinat Pfd. 80 ₰ an
Kopfsalat Stück 40 ₰ an
Radieschen Büschl 40 ₰ an
große Gurken St. v. 2 ℳ an

1188 **Ziegler**
Marktstr. 227 II.

Feilwaren- u. Waschmittel-Versandfirma

die nur direkt an Verbraucher liefert, **sucht zu sofortigem Eintritt** tüchtige, streng solide und zuverlässige

Detail-Reisende

hauptsächlich zum Besuch der Landkundschaft. Bewerber, die bei derselben bereits eingeführt und branchekundig sind, bevorzugt.

Gefl. Angebote mögl. m. Zeugnisabschr. u. Angabe von Referenzen unt. Nr. 1190 an d. „Gesellschafter".

Heute abend 8 Uhr

Gesamtprobe.

„Traube".